

zustimmen wird“, sagte EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski. Es gebe keinen Grund, die Abstimmung noch einmal zu verschieben.

Das EU-Parlament und die Mitgliedsstaaten streiten sich seit Monaten um die Höhe des Haushalts 2014. Die Regierungen wollten zunächst nur Ausgaben von maximal 135 Milliarden Euro akzeptieren – ein Budget unter der vereinbarten Obergrenze, die im Finanzrahmen für 2014 bis 2020 vorgesehen ist. „Hohe Ausgaben sind nicht der richtige Weg, um die Probleme in den Griff zu kriegen“, sagte die Staatssekretärin im britischen Finanzministerium, Nicky Morgan, vor den Verhandlungen. Das Parlament forderte hingegen 136,4 Milliarden Euro an Ausgaben für das kommende Jahr. Die Kommission hatte 136,1 Milliarden Euro vorgeschlagen. Am Ende einigte man sich auf 135,5 Milliarden Euro.

Vier Gegenstimmen

Der Kompromiss sieht 2014 weniger EU-Ausgaben vor als im laufenden Jahr. Im Jahr 2013 darf die EU noch 144,3 Milliarden Euro ausgeben. Die Mitgliedsstaaten mussten 11,2 Milliarden Euro nachschießen, um Löcher im Haushalt 2013 zu stopfen. Nachtragshaushalte sind auch 2014 denkbar: „Ich schließe nicht aus, dass noch ergänzende Finanzierungen nötig sein könnten“, sagte Rimkunas. Der Kompromiss sieht vor, dass die EU im kommenden Jahr insgesamt 142,6 Milliarden Euro als sogenannte Verpflichtungsermächtigungen verplanen darf. Dabei handelt es sich vor allem um Zusagen für die Begleichung von Rechnungen bei Großprojekten in späteren Jahren.

Von den 28 EU-Regierungen stimmten vier gegen den mit dem Europaparlament ausgehandelten Kompromiss. Dänemark, Großbritannien, die Niederlande und Schweden hatten unter Hinweis auf die heimischen Sparzwänge noch striktere Einsparungen gefordert.